
I N L A N D

Zollner: Kirche top bei Missbrauchs-Prävention, schwach bei Aufarbeitung	2
Sozialethiker Schlagnitweit: Begriff "Leistungsträger" hinterfragen	3
Caritas: "Explodierende" Armut muss Weckruf für die Politik sein	4
Kirche aktualisiert Richtlinien für Ethische Geldanlagen	5
Bischofsvikar Mattel: Gläubige wollen keine zentralisierte Kirche	7
Hoff: Titel "Patriarch des Abendlandes" ist positives synodales Signal	8
Jungschar-Vorsitzende: "Wir begleiten, bestärken, ermutigen Kinder"	8
Wien: Caritas eröffnet neue Gesundheits- und Sozialeinrichtungen	9
Akademikerseelsorger Peter Paul Kaspar verstorben	10
Wien: Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt und Ordensspitälern	10
"Aktion Leben": Diskussion um Schwangerschaftsabbrüche einseitig	11

V A T I K A N & R O M

Papst: Verhandlungsfriede ist besser als endloser Krieg	12
Papst trifft 1.500 ungarische Rom-Pilger und Präsident Sulyok	12
Papstbesuch stellt Venedig vor besondere Herausforderungen	13
Vatikanvertreter bei UN für Schuldenerlass von Entwicklungsländern	14
Papst trifft Zehntausende katholische Laien auf Petersplatz	15
Kardinal Parolin: Es wird keine Kehrtwende in der Kirche geben	15

A U S L A N D

Expertin: Frauendiakoniat könnte Ortskirchen überlassen werden	16
Deutsche Bischöfe nehmen Satzung für Synodalen Ausschuss an	16
FDP-Chef Lindner gegen mögliche Neuregelung für Abtreibungen	17
Deutschland: Entlassener AfD-Politiker will Kirchenamt zurück	18
Erzbischof: Kirche in Bosnien-Herzegowina kämpft mit Abwanderung	18
Viele Tausend Juden zum Priestersegen an Jerusalems Klagemauer	19
Geburtsdatum korrigiert: Kardinal aus Kenia darf länger zur Papstwahl	20
Kirche hilft bei Suche nach vermissten Opfern in Kolumbien	21
Hilfswerk: In Burkina Faso erneut Christen entführt und getötet	21

K U L T U R & M E D I E N

Bestsellerautor Lütz: Kunst kann Menschen versöhnen	22
---	----

I N L A N D

Zollner: Kirche top bei Missbrauchs-Prävention, schwach bei Aufarbeitung

Vatikan-Experte bei Vortrag in Wien: Kirche muss als "größte und effizienteste Kinderschutzorganisation der Welt" alles daransetzen, zum "sicheren Ort" zu werden

Wien, 25.04.2024 (KAP) Die katholische Kirche hat weltweit in den vergangenen Jahrzehnten einen gewaltigen Lernprozess bezüglich Schutz vor Gewalt und Missbrauch durchlaufen, verspielt diese Fortschritte jedoch durch mangelnde Aufarbeitung von Verbrechen der Vergangenheit: Das hat der Jesuit und Kinderschutzexperte Hans Zollner am Mittwoch bei einem von der Klasnic-Kommission veranstalteten Vortrag in Wien dargelegt. Als ein positives Beispiel für Aufarbeitung bewertete Zollner demgegenüber das Vorgehen der Kirche in Österreich. Vom Umgang mit den Fällen von Gewalt und Missbrauch hänge nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der Botschaft der Kirche insgesamt ab, so der Theologe und Psychologe.

Trotz aller weiter bestehenden Versäumnisse halte er die Kirche für die "größte und effizienteste Kinderschutzorganisation der Welt", sagte Zollner, der sich seit 2012 an der Päpstlichen Universität Gregoriana dem Thema kirchlicher Missbrauch widmet und dort auch ein wissenschaftliches Fachzentrum für Safeguarding leitet. "Keine Institution, kein Staat, keine NGO und keine Religion oder Konfession hat so viel in Leitlinien, verpflichtende Schulungen und Ausbildungen investiert wie es die Kirche flächendeckend für ihr Personal tut, bis hin zu den Jugendleitern und ehrenamtlichen Kommunionhelfern, Tischmüttern und Firmbegleitern", unterstrich der Experte, der Bischofskonferenzen und Kirchenmitarbeiter in aller Welt in Präventionsfragen schult.

Ganz anders verhalte es sich bei der Aufarbeitung von geschehenem Missbrauch, so sehr dieser auch oft schon Jahrzehnte zurückliege. "Ein einziger Fall, schlechtes Kommunizieren oder die Unfähigkeit, öffentlich auf Krisen und Skandale zu reagieren, zerstört tausende Stunden Präventionsarbeit wieder. Das demotiviert und demoralisiert die in diesem Bereich Tätigen, führt aber besonders dazu, dass die Glaubwürdigkeit der Kirche insgesamt leidet", so Zollner. Als noch schlimmer als den Ansehens- und Vertrauensverlust der Kirche als Institution oder der Priester erachte er dabei, "dass unsere Botschaft bei den

Gläubigen dann nicht mehr ankommt", stehe doch Missbrauch den Prinzipien und dem Gottesbild des Christentums diametral entgegen.

Fast immer komme die Aufarbeitung in der Kirche zu spät, so Zollners langjährige Erfahrung in der Beratung von Bischofskonferenzen weltweit. Statt das Thema "rechtzeitig aufzugreifen bevor es explodiert" - etwa durch Maßnahmen, Schulungen des Personals und Bemühen um Gerechtigkeit für Betroffene - hätten die Ortskirchen weltweit zugewartet und gehofft, das Thema werde an ihnen vorbeigehen. Das sei aber nirgendwo der Fall, "alle werden vom Missbrauch eingeholt, und wenn der Skandal hochkommt, sind alle wie gelähmt, sind mut- und perspektivlos und geraten in Streit untereinander", so der Jesuit.

Als "vorbildlich" lobte Zollner den 2010 von der Kirche in Österreich eingeschlagenen Weg. Mit der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft ("Klasnic-Kommission"), den diözesanen Ombudsstellen und Kommissionen sei eine Struktur geschaffen worden, um Missbrauchs-Betroffenen eine Anlaufstelle und Gehör zu bieten und ihr Leid anzuerkennen. Zollner hob hervor, dass es im Unterschied zu den meisten anderen Ländern gelungen sei, neben den Diözesen auch die Ordensgemeinschaften voll einzubinden.

Es sei allerdings eine "gefährliche Illusion" anzunehmen, damit habe der Missbrauch in seinen vielen Variationen ein Ende gefunden. Die Gefahr bleibe trotz aller Prävention präsent, in der Kirche und in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Auf vulnerable Gruppen - außer Kinder und Jugendliche auch Kranke, Behinderte, Bewohner von Pflegeheimen oder Menschen auf der Flucht - seien davon besonders betroffen, wofür es noch an Bewusstsein fehle.

"Safeguarding" als Ziel

Für die weitere Behandlung des Missbrauchs-Themas in der Kirche warb Zollner mit Nachdruck für den Begriff des "Safeguardings", welcher der sich stellenden Aufgabe am ehesten gerecht werde. Mehr noch als bloß um Konzepte

gegen Missbrauch gehe es dabei um das "Schaffen von Gutem" durch eine von Wachsamkeit, Respekt und Transparenz geprägte Grundhaltung. "Wir müssen Menschen Sicherheit geben, durch Beziehungen, Räume und Abläufe, auf die man sich verlassen kann. Personen an bestimmten Positionen müssen ihre Aufgabe erfüllen." Nicht bloß auf die Existenz von Leitlinien und Normen, sondern auf die Umsetzung komme es an, wobei Zollner auch in der Kirche die Einführung von Kontrollmechanismen dafür als "Aufgabe noch über viele Jahre" bezeichnete.

Wichtig sei vor allem, Safeguarding nicht als Exklusivaufgabe von Bischöfen oder damit beauftragten Spezialisten zu sehen, sondern als

"integralen Teil aller kirchlichen Aktivitäten", von Seelsorge und Bildungsbereich bis hin zur Administration, betonte Zollner, der hier von einer "prophetischen Aufgabe" sprach. "Safeguarding gehört zur Sendung der Kirche und aller, die ihr angehören. Solange wir das nicht verstehen und ein anderes Kirchensein mit Achtung von der Würde jedes Einzelnen entwickeln, bleibt unser systemischer Mangel bestehen." Auch die Stimme der Betroffenen gelte es zu hören und neue niederschwellige, auch spirituelle Angebote und Formen der Begleitung für "Menschen, die verwundet sind" zu entwickeln. Dabei sah Zollner nicht zuletzt die Ordensgemeinschaften gefragt.

Sozialethiker Schlagnitweit: Begriff "Leistungsträger" hinterfragen

Direktor der Katholischen Sozialakademie fordert in "Sonntag"-Interview mehr Lohngerechtigkeit - Langzeitarbeitslosigkeit besser bekämpfen, Ladenschlusszeiten beibehalten

Wien, 25.04.2024 (KAP) Den Begriff "Leistungsträger", wie er in der Politik oft gebraucht wird, hält der Sozialethiker Markus Schlagnitweit für "hochproblematisch". Im Interview der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag" (Ausgabe 28. April) erklärte der Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe), man dürfe "den Leistungsträgerbegriff nicht nur ökonomisch definieren, also fragen: Welche Wertschöpfung erzielt eine Arbeit?" Vielmehr gelte es zu fragen: "Was gibt ein Mensch für das Gemeinsame, für das Zusammenleben, für das Gemeinwohl?" Schlagnitweit erwähnte in diesem Zusammenhang die während der Pandemie beklatschte, aber finanziell unterbewertete Care-Arbeit z.B. der Pflegekräfte und forderte mehr Lohngerechtigkeit ein.

Die Corona-Pandemie, als bei den Lockdowns vieles aufrechterhalten werden musste, habe verdeutlicht, "welche Berufe wirklich gesellschaftlich systemrelevant sind", erinnerte der Priester und studierte Sozialwissenschaftler. Da habe man plötzlich eine ganz andere Wahrnehmung für diese Berufe bekommen, "die sich aber bis jetzt in den meisten Fällen nicht in der Bezahlung der Betroffenen niederschlägt, (...) während andere, oft hoch bezahlte Jobs locker von zu Hause aus oder auch am Computer erledigt werden konnten".

Schlagnitweit bemängelte, dass Leistungsträger vielfach als jene verstanden würden, die besonders viel Steuern zahlen, weil sie über hohe Einkommen verfügen. "Das ist aber nicht

unbedingt gleichbedeutend mit der echten Arbeitsleistung, die dabei erbracht wird", gab er zu bedenken. Denn es gebe viele Menschen, die in Vollzeit arbeiten und trotzdem nur einen Lohn erhalten, der knapp an der Armutsgrenze oder sogar darunter liege. Solche "Working Poor" seien auch in Österreich -teils sogar im Bereich systemrelevanter, aber schlecht bezahlter Berufe - tätig. "Und ich frage mich: Sind das nicht die eigentlichen Leistungsträger?", so Schlagnitweit.

Recht auf angemessenen Lohn

Die Position der Katholischen Soziallehre dazu sei klar: "Wer arbeitet, hat ein Recht auf einen angemessenen Lohn, von dem er oder sie leben kann und auch die Familie oder sonstige Angehörige, für die er oder sie zu sorgen hat." Auf das Erfordernis der Lohngerechtigkeit mache auch Papst Franziskus immer wieder aufmerksam. Auch die Vatikan-Erklärung "Dignitas infinita" ("Die unendliche Würde") setze nicht bei den bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten an, sondern bei den sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten und nenne hier Armut oder Migration als Felder, wo die Menschenwürde gefährdet ist, erläuterte der ksoe-Direktor. Franziskus hat auch schon mehrmals für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen so etwas wie ein Grundeinkommen eingefordert.

In dem Interview anlässlich des baldigen "Tages der Arbeit" am 1. Mai und des "Tages der Arbeitslosen" am 30. April äußerte sich

Schlagnitweit auch über Langzeitarbeitslosigkeit. Davon Betroffene seien nicht nur finanzieller Verarmung ausgesetzt, ihr Status habe meistens auch Auswirkungen auf die Psyche: "Langzeitarbeitslose verlernen gleichsam, ihre Tagesstruktur zu behalten und mit einer gewissen Regelmäßigkeit ihren Tag zu gestalten."

Der ksoe-Direktor lobte hier das "sehr interessante und auf drei Jahre befristete Experiment" in Gramatneusiedl-Marienthal in Niederösterreich, das allerdings beendet worden sei. Dabei hätten langzeitarbeitslose Menschen auf freiwilliger Basis einen garantierten Job angeboten bekommen, sich wieder an regelmäßige Erwerbsarbeit gewöhnen können und seien damit auch aus der Armut herausgekommen. "Dieses Experiment hat nicht mehr gekostet, als wenn die Betroffenen weiterhin ihre Sozialleistungen bezogen hätten", wies Schlagnitweit hin. Bei der Präsentation des jüngsten Sozialberichts des Sozialministeriums habe sich eine Wissenschaftlerin optimistisch geäußert, dass derartige "Job-

garantie-Modelle" geeignet wären, Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich wirksam zu bekämpfen.

Gegen länger geöffnete Geschäfte

Zum jüngsten Vorschlag aus dem Rewe-Konzern, die Ladenschlusszeiten auszuweiten, sagte der Sozialethiker: "Ich halte nicht viel davon." Die ohnedies schon auf 19.30 oder 20 Uhr ausgeweiteten Zeiten seien ausreichend. Zudem sei die Digitalisierung auch im Handel voll eingezogen und virtuelle Einkäufe würde den Präsenzhandel eher weiter eindämmen. Und: "Es geht ja nicht nur um die Interessen der Kundinnen und Kunden, sondern wir haben dann auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die regelmäßig bis 23 Uhr arbeiten müssten", gab Schlagnitweit zu bedenken. Dies würde die für das gesellschaftliche Leben notwendigen Zeitrhythmen noch mehr in Auflösung bringen: Es brauche gemeinsame Freizeiten, die Engagement in den Familien, in Vereinen und im ganzen Bereich des Ehrenamts ermöglichen.

Caritas: "Explodierende" Armut muss Weckruf für die Politik sein

Tödtling-Musenbichler zu Statistik-Austria-Daten für 2023: "Es ist höchste Zeit für eine Sozialstaatsreform!" - Auch Diakonie und Armutskonferenz: Armut wirksamer bekämpfen

Wien, 25.04.2024 (KAP) Die am Donnerstag veröffentlichten Zahlen zur Armut in Österreich würden bestätigen, "worauf die Caritas seit Jahren hinweist": Trotz zahlreicher Soforthilfen verschärfe sich die Lage für armutsbetroffene Menschen - speziell für Kinder, Alleinerziehende und Arbeitslose. Nora Tödtling-Musenbichler, Präsidentin der Caritas Österreich, erachtet es als "Weckruf für die Politik", dass die absolute Armut in Österreich geradezu "explodiert". Für Betroffene werde die Lage immer dramatischer. "Auch wenn in Österreich niemand verhungert oder erfriert, es gibt immer mehr Menschen, die hungern und frieren oder ihre Wohnungskosten nicht mehr tragen können - mitten unter uns", sagte Tödtling-Musenbichler. Die Daten zeigten: "Es ist höchste Zeit für eine Sozialstaatsreform!"

Im Jahr 2023 habe die Caritas bei ihren Sozialberatungsstellen einen Anstieg von mehr als einem Drittel an Kontakten verzeichnet - und die am Donnerstag von der Statistik Austria vorgelegten aktuellen Zahlen über Armut und soziale Deprivation in Österreich bestätigten diese Ent-

wicklung. Die zuletzt 336.000 absolut armen Menschen in Österreich seien um 130.000 mehr als noch im Jahr 2022. Tödtling-Musenbichler forderte politisches Gegensteuern. Denn die bisherigen Maßnahmen hätten Menschen nicht vor Armut bewahrt - "das Gegenteil ist der Fall!" Die "massiven Lücken" im Sozialsystem müssten geschlossen werden.

Besonders dramatisch sei der Anstieg von absoluter Armut bei Heranwachsenden, die sich mit 88.000 betroffenen Kinder mehr als verdoppelt habe. Für die Caritas-Chefin "ein Skandal". Als Sofortmaßnahme müsse der Zuschlag von 60 Euro pro Familie und Kind für vulnerable Gruppen sofort unbefristet verlängert werden. Dazu brauche es strukturelle und präventive Maßnahmen - "Stichwort Bildung, Stichwort Gesundheit".

Caritas sieht drei Hebel

Viele der im Zuge der Teuerung beschlossenen Unterstützungen laufen mit Ende 2024 aus, wies Tödtling-Musenbichler hin. Die Caritas habe in den letzten Monaten immer wieder darauf

hingewiesen, dass im Bereich des Arbeitslosengeldes, der Notstandshilfe, der Sozialhilfe und Ausgleichszulage dringend Maßnahmen zu setzen sind. Tödting-Musenbichler nannte drei Ansatzpunkte: Erstens müsse die Ausgleichszulage schnellstmöglich auf die Höhe der Armutsgefährdungsschwelle angehoben werden - als "ein wirksamer Hebel, um vielen Menschen schnell zu helfen". Zweitens brauche es im Bereich des Arbeitslosengeldes eine Erhöhung der Nettoersatzquote und eine Valorisierung der Notstandshilfe. Und drittens sei die Reform der Sozialhilfe bzw. die Einführung einer neuen Grundsicherung notwendig, die einheitliche Mindeststandards definiert und sich am konkreten Bedarf der Armutsbetroffenen orientiert.

Tödting-Musenbichler nahm Bund und Ländern für eine echte Sozialstaatsreform in die

Pflicht: "Es ist definitiv keine Frage des Könnens, sondern eine Frage des Wollens."

Auch Diakonie und Armutskonferenz urgieren

Auch die Diakonie Österreich und die Armutskonferenz verbanden am Donnerstag die Armutszahlen 2023 mit Forderungen nach einer wirksameren Armutsbekämpfung verbunden. Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser urgierte die Wiedereinführung von "Mindeststandards, die Familien in Not und Krisen wirklich helfen". Die Armutskonferenz sieht die neuen Daten als Anstoß, vorhandene Stärken des Sozialstaats zu erhöhen und Schwächen zu korrigieren. Besonders betroffen sind laut beiden Organisationen Kinder und Alleinerzieherinnen-Haushalte.

Kirche aktualisiert Richtlinien für Ethische Geldanlagen

Keine kirchlichen Neuinvestitionen mehr in Gold und Edelmetalle - Ethischer Kriterienkatalog bietet konkrete Ausschlusskriterien, "Best-in-Class-Ansatz" im Blick auf förderungswürdige Projekte und will "Engagement" zwecks Einflussnahme auf Institutionen mittels Investitionen bewirken

Wien, 25.04.2024 (KAP) Die Katholische Kirche hat ihre Richtlinien für Ethische Geldanlagen aktualisiert und in verschiedenen Punkten verschärft. Präsentiert wurde das Regelwerk einem Fachpublikum am Donnerstag in Wien durch die von der Bischofskonferenz mit den Ordensgemeinschaften eingesetzte Ständige Kommission. Eine wesentliche Änderung gegenüber den seit 2018 geltenden Bestimmungen betrifft den Ausstieg bei der Veranlagung in Gold und andere Edelmetalle, wegen der mit ihrer Gewinnung verbundenen negativen Auswirkungen.

Die überarbeiteten ethischen Richtlinien über Finanzanlagen als Kooperation (FINANKO) wurden von der Bischofskonferenz bei ihrer letzten Vollversammlung im März beschlossen. Sie treten mit einer einjährigen Übergangsfrist in Kraft. Verbindlich sind die Richtlinien für alle Institutionen der Diözesen in Österreich. Ihre Einhaltung wird den Ordensgemeinschaften "dringend nahegelegt".

Ziel der Regelungen sei es, "Glaubwürdigkeit und Wirkung" von kirchlichem Handeln im Finanzbereich zu stärken, erklärte dazu der Linzer Moraltheologe Michael Rosenberger. "Die Kriterien der Richtlinien folgen wie bisher dem

bewährten Dreiklang einer ökumenisch-christlichen Ethik und lauten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung", führte das Kommissionsmitglied aus. Umgesetzt werde der ethische Anspruch durch konkrete Ausschlusskriterien bei der Veranlagung, damit könne sich Kirche klar positionieren. Durch die Eingrenzung der Veranlagung im Blick auf förderungswürdige Projekte ("Best-in-Class-Ansatz") könne man als Kirche etwas bewusst stimulieren. Ferner gehe es um "Engagement" zwecks Einflussnahme auf Institutionen mittels Investitionen, um zu transformieren. Dementsprechend wurde die bisher maßgebliche Trias "Fördern, Verändern, Verhindern" weiterentwickelt in die Leitbegriffe "Positionieren, Stimulieren, Transformieren", so Rosenberger.

Wie Anton Fink seitens der Kommission ausführte, seien alle Kategorien von Finanzanlagen weiterhin prinzipiell zulässig, soweit sie mit dem detaillierten Kriterienkatalog im Einklang stünden. Für kirchliche Finanzverantwortliche seien die Richtlinien ein Weg, um wirtschaftliche Ziele mit ethisch-nachhaltigen zu verbinden. Dies beinhalte den klaren Verzicht auf einen finanziellen Vorteil, wenn dies moralisch geboten sei.

Evaluierung und Divestment

Der Aktualisierung der Richtlinien war eine Evaluierung der seit 2018 bestehenden Regelungen vorausgegangen. Dabei habe sich eine "hohe Akzeptanz und eine gute Umsetzbarkeit" gezeigt, so Marlies Hofer-Perktold von der Diözese Innsbruck. "In den Diözesen wird der größte Teil des Finanzvermögens gemäß der Richtlinie angelegt", hielt das Kommissionsmitglied fest. Es gebe dazu jährliche Prüfungen in den Diözesen, insgesamt habe sich das ethische Bewusstsein bei den kirchlich Investierenden deutlich gesteigert.

Eine wichtige Etappe dabei sei der Divestment-Beschluss der Österreichischen Bischofskonferenz im Jahr 2019 gewesen. Konkret bedeutet er den Ausstieg der Kirche innerhalb von fünf Jahren aus allen Geldveranlagungen an Unternehmen, die fossile Brennstoffe fördern oder produzieren. Dieses Vorhaben sei mit 1.1.2024 abgeschlossen, so Hofer-Perktold.

Die Wichtigkeit, als Kirche geschlossen aufzutreten, betonte Peter Bohynik, der die Österreichische Ordenskonferenz in der FINANKO-Kommission vertritt. Zwar seien die Richtlinien nicht automatisch für Ordensgemeinschaften verpflichtend, weil sie in wirtschaftlichen Angelegenheiten autonom seien. Ordensobere könnten sie aber in Kraft setzen, was vielfach auch geschehe. "Mit der Neuauflage der Richtlinien sollen kirchliche Anleger zur einheitlichen Umsetzung motiviert werden - nicht nur auf der Ebene der Ausschlusskriterien, sondern auch im Bereich des Engagements", so Bohynik.

Klare Ausschlusskriterien

Die aktualisierten Richtlinien bieten neben einer ethischen und ökonomischen Grundlegung der Thematik auch Bewertungen hinsichtlich Anlageformen wie Fonds, Derivative, Indexprodukte, oder Rohstoffe. Die Prinzipien des ethischen Investments lauten "Positionieren, Stimulieren, Transformieren" und werden umgesetzt durch konkrete Ausschlusskriterien, den "Best-in-Class-Ansatz" im Blick auf besonders veranlagungs- und somit förderungswürdige Projekte und durch "Engagement" zwecks konkreter Einflussnahme auf Institutionen mittels Investitionen.

Besonders detailliert verfasst sind die Ausschlusskriterien, die "grundsätzlich verbindlich" sind. Absolute Ausschlusskriterien gelten für Veranlagungen bei Staaten oder Firmen mit massiven Einschränkungen der Menschenrechte

und hinsichtlich international geächteter Waffen. Ausgeschlossen sind Veranlagungen bei Produzenten oder Händlern, die im Bereich des Müllexports, der Biozide, der Massentierhaltung, des Glücksspiels oder der Lebensmittelspekulation tätig sind. Verboten sind auch Geldanlagen bei Unternehmen, die von Abtreibung, Sterbehilfe oder der Nutzung Embryonaler Stammzellen profitieren.

Gegen Gold und Wasser-Monopole

Eine Verschärfung bringt die Richtlinie im Blick auf physisches Gold und alle anderen Edelmetalle, in die Neuinvestition nicht mehr zulässig sind. Wörtlich heißt es dazu: "Einen besonderen Platz als Geldanlage nehmen seit jeher die Edelmetalle ein, namentlich Gold. (...) Die Gewinnung neuen Goldes ist jedoch mit enormen Schäden für die Umwelt sowie ausbeuterischen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen verbunden. Daher sind Investitionen in Unternehmen und Projekte, die Goldabbau betreiben (z.B. Aktien oder Anleihen von Goldminen-Unternehmen), physisches Gold und Finanzinstrumente, die zu einer weiteren Nachfrage nach physischem Gold beitragen (z.B. mit physischem Gold gedeckte Schuldverschreibungen), abzulehnen. Eine Risikoabsicherung mittels an die Entwicklung des Goldpreises gekoppelter Finanzprodukte (z.B. nicht mit physischem Gold hinterlegte Derivate und Zertifikate) ist bei Vorliegen gewichtiger Gründe ebenso möglich wie die Beibehaltung von bereits existierenden Anlagen in physischem Gold. Analog verhält es sich mit anderen Edelmetallen."

Ein weiteres neues Ausschlusskriterium betrifft die Privatisierung von Trinkwasser. Demnach sind Investitionen in Unternehmen unzulässig, wenn der Ankauf oder Besitz von Wasservorkommen unter Ausnutzung einer Monopolstellung zulasten der lokalen Bevölkerung geht.

Keine Positionierungen gibt es zu Kryptowährungen, Cannabis oder Künstlicher Intelligenz, wie auf Anfrage festgehalten wurde. Diese Themen kämen aber immer mehr in Blick und würden bei einer in den nächsten Jahren anstehenden Aktualisierung der Richtlinien geprüft werden, hieß es seitens der FINANKO-Kommission.

(Wortlaut der neuen Richtlinien und weitere Informationen unter www.finanko.at)

Bischofsvikar Mattel: Gläubige wollen keine zentralisierte Kirche

Designierter Salzburger Generalvikar im "Rupertusblatt": Kirche lebt von Mitgliedern, die bereit sind, ihre Gemeinde lebendig zu halten - Ressourcen bestmöglich für Seelsorge nutzen

Salzburg, 25.04.2024 (KAP) Um die Erzdiözese Salzburg zukunftsfit zu machen, soll in die Seelsorge vor Ort investiert und die Verwaltung so strukturiert werden, "dass möglichst viel Energie für die Pastoral bleibt". Mit diesen Worten hat Bischofsvikar Harald Mattel das von ihm geleitete Diözesanprojekt "Kirche in der Region" umschrieben. Sowohl in der Synode als auch im Zukunftsprozess der Erzdiözese sei deutlich geworden: "Die Gläubigen wünschen sich eine Kirche, die nahe bei ihnen vor Ort ist - und nicht die Konzentration auf einige zentrale Orte, wo Kirche erfahrbar wird", erläuterte der designierte Salzburger Generalvikar in der aktuellen Ausgabe des "Rupertusblattes" (28. April).

Wie das gut umgesetzt werden kann, versuchten sich die Verantwortlichen zu überlegen und dabei die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen bestmöglich einzusetzen, erklärte Mattel. Jede Pfarrgemeinde wünsche sich natürlich, einen Pfarrer und eine Pastoralassistentin oder einen Pastoralassistenten nur für sich haben, "und vielleicht noch einen Verwalter, der den Seelsorgern diese Arbeit abnimmt." Aber: "Das wird realistisch betrachtet nicht möglich sein." Um die seelsorgliche Versorgung der Gemeinden vor Ort gewährleisten zu können, "müssen wir überregional denken" und die Frage beantworten: "Wie setzen wir das verfügbare Personal am effizientesten ein?"

Betroffene werden "mit ins Boot" geholt

Auf die Frage, inwieweit die betroffenen Gläubigen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, antwortete der Bischofsvikar: "Wir bauen auf das Subsidiaritätsprinzip." Pfarren, Gemeinden, Haupt- und Ehrenamtliche vor Ort sollen "mit ins Boot" geholt werden.

Strukturell gehe die Zukunft wohl in Richtung der Pfarrverbände, "weil sie mehr der Kirche vor Ort entsprechen und näher bei den Menschen sind", erklärte Mattel weiter. In einem früheren Grundsatzbeschluss sei sehr auf die Dekanatsbene gebaut worden, aber das seien "vielleicht drei Schritte zu viel" gewesen, räumte er

ein. Pfarren aufzulösen sei nicht die Strategie, "es ist aber auch kein absolutes Tabu". In 50 Jahren werde es wohl weniger Pfarren geben als heute - "aber ich kann nicht sagen, wie viele weniger und ob dieser Prozess in drei oder in dreißig Jahren beginnt". Wenn in einer Pfarre nicht mehr genug Ressourcen vorhanden seien, um sie in der jetzigen Form zu erhalten, "muss man schauen, ob es für die Zukunft vielleicht immer noch eine Kirchengemeinde oder einen Gottesdienst vor Ort gibt - ohne dass es eine eigene Pfarre ist", so Mattel.

Das Wichtigste, was eine Gemeinde braucht, sind nach den Worten des früheren Pfarrers von Salzburg-Maxglan und von Seekirchen Mitglieder, die bereit sind, ihre Gemeinde lebendig zu halten. "Dort, wo Pfarrgemeinden so schrumpfen, dass ich mich nur auf das hauptamtliche Engagement verlassen kann, wären sie sehr bald keine Gemeinde mehr."

Ziel ist Zukunftsvision für die Seelsorge

"Kirche in der Region" ist ein von Erzbischof Franz Lackner beauftragtes Projekt, in dessen Fokus "eine Vision für die Seelsorge" in den Regionen der Erzdiözese Salzburg und deren künftige Absicherung stehe, wie es im "Rupertusblatt" heißt. Drei Arbeitsgruppen sind mit der Weiterentwicklung des Projekts beauftragt, der leitenden Steuerungsgruppe gehören neben Harald Mattel auch Seelsorgeamtsleiterin Lucia Greiner, Wirtschaftsdirektor Cornelius Inama und Kommunikations-Chef Thomas Hödl an. Bis Sommer 2024 sollen zunächst mit Vertreterinnen und Vertretern der Pfarrgemeinderäte die zu klärenden Themen gesammelt werden. In einem zweiten Schritt gehe es um Zuständigkeitsklärung: "Was ist eine Aufgabe für die Pfarre und den Pfarrgemeinderat, was für den Pfarrverband und den Pfarrverbandsrat (den es zukünftig überall geben soll), was für Dechant, Dekanat und Dekanatskonferenz?"

(Info: <https://eds.at/kirche-in-der-region>)

Hoff: Titel "Patriarch des Abendlandes" ist positives synodales Signal

Salzburger Theologe setzt Wiederaufnahme des Titels durch Franziskus in "katholisch.at"-Standpunkt zum Verzicht Benedikts 2006 ins Verhältnis

Salzburg/Wien, 25.04.2024 (KAP) Die Wiederaufnahme des Titels "Patriarch des Abendlandes" durch Papst Franziskus ist nicht nur ein Signal an die Ökumene, sondern auch ein Ausdruck des synodalen Wandels der katholischen Kirche unter Franziskus: Darauf hat der Salzburger Theologe Prof. Gregor Maria Hoff hingewiesen. "Den römischen Einheitskatholizismus des 2. Kirchenjahrtausends kannte die alte Kirche nicht - und auch nicht jene Durchgriffsrechte, die das 1. Vatikanische Konzil mit dem Lehr- und Jurisdiktionsprimat des Papstes festlegte. So darf man die Wiederaufnahme eines altkirchlichen Titels als synodales Signal in die römisch-katholische Kirche wie in die Ökumene hinein betrachten", schrieb Hoff in einem Gastbeitrag auf "katholisch.at" (Donnerstag).

Dass die Wiederaufnahme dieses Titels durch Franziskus nicht nur auf Wohlwollen trifft, sondern "ein gewisses Unbehagen" etwa aus orthodoxer Sicht hervorruft, sei verständlich, habe doch Franziskus diesen Schritt ebenso wenig begründet wie zuvor Benedikt XVI. seinen Verzicht auf den Patriarchentitel erklärt hatte. Überhaupt sei es notwendig, die jetzige Kehrtwende des Papstes beim Patriarchentitel im Kontext auch des Verzichts Benedikts XVI. 2006 zu sehen. Ein genauerer Vergleich der Motive zeige nämlich, dass beide durchaus von "ökumenischer Absicht" geprägt seien, auch wenn sie einander diametral entgegenstehen. Was wie eine "Kurskorrektur" Franziskus' gegenüber seinem Vorgänger erscheint, sei jedoch eher als Signal einer "echten Traditionsdynamik" zu verstehen - also einer produktiven Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Wahrung der ökumenischen Absicht. Was bedeutet das konkret? Während Benedikt XVI. auf den

Titel des Patriarchen des Abendlandes verzichtete, um einen "symbolischen Akt" in Richtung der Orthodoxie zu setzen und den Weg u.a. freizumachen für eine Neujustierung des Petrusamtes, nimmt Franziskus den Titel nun wieder auf aus letztlich denselben Gründen - nämlich eine Stärkung der Ökumene durch symbolischen Rückgriff auf die altkirchliche Patriarchatsstruktur.

Tatsächlich könne man diese gleichsam synodale und auf eine Reform des Verständnisses vom Petrusamt im Vergleich zu den Patriarchaten abzielende Theologie bereits in den frühen ekklesiologischen Arbeiten Joseph Ratzingers entdecken, führte Hoff aus. Er erinnerte in dem Zusammenhang etwa an Ratzingers 1964 gehaltenen Vortrag beim Zweiten Vatikanischen Konzil über "Primat und Episkopat", der in den Gesammelten Schriften 2010 unverändert wieder abgedruckt wurde. Darin halte Ratzinger u.a. fest, dass es eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Petrusamt als Dienst an der Einheit und Patriarchaten brauche.

Ein Rekurs auf die Überlegungen Ratzingers würde daher laut Hoff innerkatholisch "Spielräume" öffnen für eine "anders gewichtete Auffassung des gelebten Jurisdiktionsprimats, die auch für die Ökumene Optionen erschließen könnte: weniger gelebte Zentralmacht Roms - nach innen wie außen hin. Folgt man Ratzinger, lässt sich der Primat des Papstes auf diese Weise deutlich stärker in die communal-synodale Ordnung der Alten Kirche einbinden."

(Wortlaut des Standpunkt-Textes: www.katholisch.at/standpunkt/hoff/papst-patriarch-des-abendlandes)

Jungschar-Vorsitzende: "Wir begleiten, bestärken, ermutigen Kinder"

Wiedergewählte Erlacher in "Kleiner Zeitung": "Bin hundertprozentig überzeugt von Arbeit, die wir machen"

Klagenfurt, 25.04.2024 (KAP) "Hundertprozentig überzeugt" zeigt sich die jüngst wiedergewählte Bundesvorsitzende der Katholischen Jungschar, Martina Erlacher, von der in der größten

Kinderorganisation Österreichs und ihren Gruppen geleisteten Arbeit. "Wir begleiten, bestärken, ermutigen Kinder", sagte die gebürtige Kärntnerin in einem Interview der "Kleinen Zeitung" vom

Donnerstag. Zu ihrem eigenen Engagement sagte Erlacher, die bereits mit sieben Jahren Sternsingerin in ihrer Heimatpfarre, das Ehrenamt sei "ein wichtiger Wert in unserer Gesellschaft", sie bringe dafür gerne ihre Energie auf. "Jetzt bin ich 30 und schon weit mehr als die Hälfte meines Lebens Teil der Jungschar."

Für absolut wichtig halte sie auch die Dreikönigsaktion (DKA), das entwicklungspolitische Hilfswerk der Jungschar, die alljährlich Spenden in Millionenhöhe für Hilfsprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika sammelt. Dass das Geld auch dort ankommt, wo es gebraucht wird, habe sie 2023 auf einer Reise nach Indien erlebt, berichtete die hauptberufliche Mitarbeiterin beim Österreichischen Bundesverband für Schafe und Ziegen: "Die Projekte sind vielseitig: Bildung für Kinder und Jugendliche, Betreuung und Unterstützung beim Lernen, um so einen Start in eine bessere Zukunft zu ermöglichen."

Zudem würden Frauen unterstützt und die Projektpartner der DKA stünden Menschen zur Seite, die aus ihrem eigenen Land vertrieben wurden. "Wir müssen uns für eine gerechte und solidarische Welt einsetzen, hinschauen und handeln", betonte Erlacher.

Der katholischen Kirche gegenüber sei sie "kritisch-loyal", so die Jungschar-Vorsitzende. "Ich bin jung, ich bin eine Frau. Natürlich werde ich oft gefragt, warum ich dabei bin." Sie sehe sich als Teil der Kirche, "auch wenn ich nicht in allen Fragen mit ihr übereinstimme. Aber ich engagiere mich aus einem Glauben heraus, den meine Eltern mir weitergegeben haben, und der in mir gewachsen ist." In der Katholischen Jungschar habe sie ihre Heimat gefunden, sagte Erlacher. "Wir machen uns stark für andere Menschen, versuchen, uns einzubringen, schauen, dass das, wofür wir stehen, auch von der Kirche gehört wird. Das sehe ich als meinen Auftrag."

Wien: Caritas eröffnet neue Gesundheits- und Sozialeinrichtungen

Kindergarten, Pflegewohnhaus und Gesundheitspark in Dornbach eröffnet - Caritas Wien, "Casa Leben" und Vinzenz Gruppe stärken generationenübergreifende Betreuung

Wien, 25.04.2024 (KAP) Kindergarten, Pflegewohnhaus und Gesundheitspark: Die Caritas Wien eröffnete am Donnerstag gemeinsam mit der Vinzenz Gruppe und "Casa Leben" drei neue Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in der Wiener Alszeile. Wohlbefinden sei keine Frage des Alters, es komme vielmehr "auf eine passgenaue Betreuung und die richtige Unterstützung in den jeweiligen Lebenslagen an", so das Credo der Betreiber. Künftig ermögliche ein "Casa"-Kindergarten, das Caritas-Pflegewohnhaus St. Magdalena und der Gesundheitspark "Göttlicher Heiland" eine "zeitgemäße und umsichtige Betreuung" verschiedener Zielgruppen, hieß es in einer Aussendung am Donnerstag.

Die neuen Angebote und das Zusammenwirken der Einrichtungen am Standort Wien-Dornbach könnten beispielhaft für fachübergreifende Zusammenarbeit stehen, zeigten sich Matthias Steinklammer, Geschäftsführer von "Casa Leben", Sigrid Miksch, Leiterin der Stabstelle Gesundheitspark-Management der Vinzenz Gruppe und Caritasdirektor Klaus Schwertner überzeugt.

Der Kindergarten bietet ab sofort eine Kleinkindgruppe, zwei Familiengruppen sowie eine Kindergartengruppe an und ist damit einer

von neun "Casa"-Kindergärten in Wien. Die Standortnähe zu Gesundheitspark und Pflegewohnhaus bezeichnete Steinklammer als "Brücke von Jung zu Alt", die das Miteinander zwischen den Generationen fördern könne. "Unsere Erfahrung zeigt, wie wertvoll diese Begegnungen für Kinder und ältere Menschen sind", so der "Casa"-Geschäftsführer. "Casa Leben im Alter" wurde 2003 von der Caritas der Erzdiözese Wien und der Stiftung Liebenau als gemeinnützige GmbH gegründet. Das neue Caritas-Pflegewohnhaus St. Magdalena bietet Platz für 60 Bewohnerinnen und Bewohner in insgesamt vier Wohngruppen. "Wir wissen, dass die Bevölkerung in Österreich immer älter wird und der Bedarf im Gesundheits- und Pflegebereich dementsprechend steigt", erläuterte Caritasdirektor Schwertner. Aufgrund der demografischen Entwicklung sei in Zukunft eine starke Zusammenarbeit von unterschiedlichen Einrichtungen und Trägern nötig. Zusätzlich ist auch der Gesundheitspark Göttlicher Heiland Teil des neuen Angebots.

Die drei Einrichtungen wurden im Rahmen eines Festakts gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wien, darunter Susanne Winkler, Geschäftsführerin des Fonds Soziales Wien, feierlich eröffnet.

Akademikerseelsorger Peter Paul Kaspar verstorben

Priester, Musiker und Buchautor starb in der Nacht vom 21. auf 22. April in Wien

Wien, 25.04.2024 (KAP) Der frühere Linzer Akademiker- und Künstlerseelsorger, Musiker und Buchautor Peter Paul Kaspar ist in der Nacht vom 21. auf 22. April in seiner Wohnung in Wien verstorben. Das teilte die Erzdiözese Wien am Donnerstag mit.

Der 1942 in Wien geborene Kaspar studierte Theologie und Musik (Kirchenmusik und Orgel) in Wien und Innsbruck. Kardinal Franz König weihte ihn 1966 in seiner Heimatpfarre in Wien-Floridsdorf zum Priester geweiht. Nach Kaplanjahren wirkte er ab 1981 als Jugend- und Studentenseelsorger auf Bundesebene und ab 1983 30 Jahre lang in Linz als Akademiker- und Künstlerseelsorger. Daneben lehrte er Religion am Akademischen Gymnasium und Musiktheorie

an der Anton Bruckner Privatuniversität in Linz. Seit 1985 war er auch Rektor der für ihre Kunstinitiativen bekannten Ursulinenkirche im Linzer Stadtzentrum.

Kaspar verfasste rund 30 Bücher zu Themen rund um Musik und Religion und schrieb als Vorstandsmitglied der österreichischen Pfarrerr Initiative regelmäßig für Printmedien über Fragen der Kirchenreform.

Für sein Engagement wurde er mehrfach geehrt, u.a. mit dem goldenen Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich, der Julius-Raab-Medaille des Wirtschaftsbundes und dem durch Bundespräsident Heinz Fischer verliehenen Professorentitel.

Wien: Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt und Ordensspitäler

Für 2024 136 Millionen Euro für sieben Wiener Ordensspitäler vorgesehen - Sprecher der Ordensspitäler, Greher: Sind wichtiger Partner für Stadt Wien bei Gesundheitsversorgung

Wien, 25.04.2024 (KAP) Die sieben Wiener Ordensspitäler und die Stadt Wien haben eine Finanzierungsvereinbarung für das Jahr 2024 abgeschlossen. Die jährlich verhandelte Vereinbarung sieht 136 Millionen Euro vor. Damit werde der laufende Betrieb und "die Versorgungspartnerschaft für die Wiener Bevölkerung" sichergestellt, erklärte der ärztliche Direktor des Herz-Jesu-Krankenhauses und Sprecher der Wiener Ordensspitäler, Manfred Greher, am Donnerstag gegenüber Kathpress. Eine Finanzierung durch die Stadt Wien sei Voraussetzung, dass die Ordensspitäler auch in Zukunft Beiträge zur Wiener Gesundheitsversorgung leisten könnten, so Greher. Der Beschluss dazu wurde am Montag (22. April) im Wiener Gemeinderat gefällt, bestätigte am Donnerstag die MA40 für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht.

Knapp ein Drittel aller stationär behandelten Patienten liegen in Wien in einem Ordensspital, 2023 waren dies rund 440.000 Menschen; zudem wurden 57.000 Operationen durchgeführt. "Wir stellen einen wichtigen Partner für die Stadt Wien bei der Gesundheitsversorgung der Wienerinnen und Wiener dar und als solche benötigen wir auch eine Finanzierung, um auch

in Zukunft Beiträge zur Wiener Gesundheitsversorgung leisten könnten", sagte Greher. Die Ordenskrankenhäuser sind gemeinnützig und nicht gewinnorientiert und Arbeitgeber von über 5.300 Mitarbeitenden. Mit der Finanzierungsvereinbarung sichert sich die Stadt Wien Kontingente und Ausbildungsplätze in nicht städtischen Einrichtungen.

Die Finanzierung der Ordensspitäler setzt sich laut Greher aus der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) und der Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Wien zusammen. Mit ersterer ließen sich nicht alle Kosten decken, hieß es. Wobei dies für alle Spitäler gelte, so Greher. Der notwendige Differenzbetrag stelle die Finanzierungsvereinbarung dar. "Wir freuen uns über den Beschluss im Gemeinderat am Montag, der für die Leistungserbringung ganz entscheidend ist", sagte Greher. Trotzdem brauche es künftig wieder mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen.

Aktuell bekomme man zwar finanzielle Unterstützung bei größeren Investitionen, für eine bessere Planungssicherheit benötige es aber eine mehrjährige verbindliche Zusicherung, wie sie früher schon existierte, meinte der Primar im

Herz-Jesu-Krankenhaus. Hintergrund ist das Auslaufen der Vierjahres-Finanzierungsvereinbarung zwischen den Ordensspitälern und der Stadt Wien Ende 2020.

Die Ordensspitäler seien als gemeinnützige Spitäler auch wichtige Ausbildungsträger für Gesundheitsberufe, betonte Greher. So sind allein 2023 rund 3.200 Personen ausgebildet worden, davon 535 Ärztinnen und Ärzte. "Fachkräfte im Gesundheitswesen sind sehr kostbar geworden", betonte der Facharzt für Anästhesiologie und Intensivmedizin.

Die sieben gemeinnützigen Wiener Ordensspitäler umfassen das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder (1020 Wien), das Franziskus-Spital (1030 und 1050 Wien) und die Spitäler der Vinzenz-Gruppe in Wien - neben dem Herz-Jesu-Krankenhaus auch jenes der Barmherzigen Schwestern (1060 Wien), das Orthopädische Spital Speising (1130 Wien), das St. Josef Krankenhaus (1130 Wien) und das Krankenhaus Göttlicher Heiland (1170 Wien). Charakteristisch für die Häuser ist die Kombination privater Trägerschaft (Ordensgemeinschaften oder Stiftungen) mit einem gemeinnützigen Versorgungsauftrag.

"Aktion Leben": Diskussion um Schwangerschaftsabbrüche einseitig

„Ja zur Entscheidungsfreiheit und Nein zur einseitigen Debatte zulasten von Frauen“

Wien, 25.04.2024 (KAP) "Wir sagen Ja zur Entscheidungsfreiheit und Nein zur einseitigen Debatte zulasten von Frauen": Mit diesen Worten hat sich "Aktion Leben"-Generalsekretärin Martina Kronthaler in die Diskussion um Schwangerschaftsabbrüche eingebracht. Frauen hätten ein Recht auf Prävention, Beratung und darauf, "ernst genommen zu werden mit ihren Sorgen", dazu zähle auch eine "spezialisierte, ergebnisoffene Konfliktberatung". Die Entscheidungsfreiheit der Frauen wollte Kronthaler dabei nicht infrage stellen, diese sei der "Aktion Leben" wichtig sowie "durch die Straffreiheit seit Jahrzehnten sichergestellt" und in Österreich gelebt.

Hintergrund ist die Debatte um eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland und die dazu am Mittwoch veröffentlichten Abbruchs-Zahlen. Eine vergleichbare Datenquelle fehle in Österreich, kritisierte Kronthaler. Der gemeinnützige Verein unterstrich seine wiederholte Forderung nach einer anonymen Statistik zu Abtreibungen, "die ohne großen Aufwand durch Meldung der Ärztinnen und Ärzte an die Statistik Austria erfolgen könnte".

Die Entscheidung für oder gegen ein Kind sei mit die schwerste im Leben von Frauen, so Kronthaler: "Ist eine Frau ungeplant schwanger, bedeutet das für die meisten Frauen eine tiefe Krise mit heftigen Empfindungen." Schwangere wie auch ihre Partner würden sich teils in einem "Zustand hochgradiger psychischer Ambivalenz" befinden. In solchen Situationen könnten widerstrebende Empfindungen und Gedanken in einer spezialisierten, ergebnisoffenen

Konfliktberatung geordnet werden. "Es gibt hier kein Richtig oder Falsch. Wichtig ist, dass Frauen den Raum haben, sich frei von den oft sehr massiven Erwartungshaltungen von außen auseinandersetzen zu können", erklärte die "Aktion Leben"-Generalsekretärin.

Zwangslagen - wie Wohnungslosigkeit, psychische Probleme oder Probleme in der Partnerschaft - könnten zudem durch soziale Maßnahmen abgefedert werden. "Beratung kann Hilfe organisieren oder selbst leisten. Wichtig ist vor allem, dass Frauen nicht allein durch die schwierige Situation gehen müssen", so Kronthaler, die an das kostenlose Angebot der "Aktion Leben" erinnerte.

Auf Sexualpädagogik setzen

Prävention von ungewollten Schwangerschaften müsse über Verhütung hinausgehen, so der überkonfessioneller Verein: "Natürlich darf Verhütung nicht an den Kosten scheitern, genauso bedeutend sind aber Körperwissen, die Fähigkeit, sich über intime Themen auszutauschen, Selbstfürsorge und vieles mehr", sagte Kronthaler. Kritik übte sie dabei an der in Österreich lange Zeit vernachlässigten Sexualpädagogik. Zwar bestehe ein großer Bedarf, jedoch werde sie noch immer zu wenig gefördert.

Als unerlässlich bezeichnete Kronthaler eine kostenlose Verhütungsberatung durch Ärztinnen und Ärzte. "Das geht nicht nebenher. Das braucht Zeit. Und es muss bekannt gemacht werden, wenn es das Angebot gibt", so die Generalsekretärin.

V A T I K A N & R O M

Papst: Verhandlungsfriede ist besser als endloser Krieg

Franziskus fordert in Interview mit US-Sender Kriegsparteien weltweit zu Verhandlungen auf: "Bitte, Länder, die sich im Krieg befinden, alle ... Stoppt den Krieg. Versucht zu verhandeln. Sucht den Frieden"

Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP) Papst Franziskus hat erneut einen Friedensappell an alle Länder gerichtet, die sich im Krieg befinden. Ein ausgehandelter Frieden sei besser als ein endloser Krieg, sagte das Kirchenoberhaupt im Interview mit der Moderatorin Norah O'Donnell des US-amerikanischen Sender CBS News. "Bitte, Länder, die sich im Krieg befinden, alle ... Stoppt den Krieg. Versucht zu verhandeln. Sucht den Frieden", antwortete er auf O'Donnells Frage, ob er eine Botschaft an Russlands Präsidenten Wladimir Putin bezüglich der Ukraine habe.

Aus Gaza kämen nun Bilder verhungerner Kinder, so O'Donnell. Auf ihre Frage, was "mit denen" sei, die Israels Vorgehen in Gaza einen

Genozid nannten, wich der Papst aus. Er erzählte, jeden Abend um 19 Uhr rufe er in der einzigen katholischen Pfarre in Gaza an, in der jetzt etwa 600 Menschen lebten. Es sei schwer für sie. "Sie bekommen Essen, aber sie müssen darum kämpfen." Doch nicht nur die Menschen und Kinder in Gaza seien vom Verhungern bedroht, so der Papst, und erinnerte an die Ukraine. "Diese Kinder wissen nicht, wie man lächelt." Das sei sehr ernst.

Bislang hat CBS nur Auszüge des Interviews online gestellt. In gesamter Länge soll es am 19. Mai veröffentlicht werden. Anlass ist der am 25. und 26. Mai in Rom geplante Weltkinderstag.

Papst trifft 1.500 ungarische Rom-Pilger und Präsident Sulyok

Audienz bei Franziskus Höhepunkt von dreitägiger Nationalwallfahrt ein Jahr nach dem Papstbesuch in Ungarn

Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP) Papst Franziskus hat bei einem Treffen mit rund 1.500 Pilgern und den Spitzen von Kirche und Staat aus Ungarn seinen Ruf nach Frieden bekräftigt. Anlass für die Begegnung in der Audienzhalle im Vatikan am Donnerstag war die dieswöchige ungarische Nationalwallfahrt genau ein Jahr nach dem Papstbesuch in Ungarn. In Budapest habe er für Europa gebetet und für den "Wunsch, Frieden zu schaffen, um den jungen Generationen eine Zukunft der Hoffnung zu geben, nicht des Krieges; eine Zukunft voller Wiegen, nicht voller Gräber; eine Welt der Brüder, nicht der Mauern", erinnerte Franziskus. An der Audienz nahmen auch die ungarischen Bischöfe um Kardinal Peter Erdö teil sowie eine politische Delegation mit dem neuen Staatspräsidenten Tamas Sulyok und Vize-Regierungschef Zsolt Semjen an der Spitze.

Die anwesenden Bischöfe, Priester, Ordensmänner und -frauen ermutigte Franziskus, als Haltung und Lebensweise den "Stil Gottes" anzunehmen, der von "Zärtlichkeit, Nähe und

Mitgefühl" geprägt sei. Er verwies auf eine Reihe kirchlicher Persönlichkeiten aus der ungarischen Geschichte wie den seliggesprochenen Bischof Vilmos Apor (1892-1945), der seinen Einsatz für Flüchtlingsfrauen mit dem Leben habe bezahlen müssen; oder die Ordensfrau Sara Salkahazi (1899-1944), die sich für die Rettung ungarischer Juden in der NS-Zeit eingesetzt hatte. "Mögen diese Beispiele Sie ermutigen, die gleiche Haltung gegenüber den Ihnen anvertrauten Menschen einzunehmen."

Die Jugendlichen der Pilgergruppe ermutigte der Papst, den Dialog mit den älteren Generationen zu suchen. "Wenn ihr eure Wurzeln pflegt, könnt ihr mit Zuversicht in die Zukunft blicken und euch auf die Werte stützen, die das Leben ausmachen: Familie, Einheit, Frieden."

Franziskus erinnerte daran, dass er bei seinem Budapest-Besuch vor einem Jahr auch Flüchtlingen, Armen und Ausgegrenzten begegnet war. Er bedankte sich bei der Pilgergruppe, weil sie ein offenes Herz für ukrainische

Flüchtlinge hätten, "Und ich schätze auch Ihre Bemühungen um die Integration derjenigen, die am Rande der Gesellschaft leben."

Am Ende des Treffens begrüßte der Papst zahlreiche anwesende Pilgerinnen und Pilger. Ungarns Bischofskonferenz-Vorsitzender Andras Veres überreichte Franziskus einen vor wenigen Tagen neu erschienenen Bildband zur Erinnerung an seinen Besuch in Budapest.

Auch politische Gespräche

Den erst seit wenigen Wochen amtierenden neuen Staatspräsidenten Sulyok empfing der Papst vor dem Pilger-Treffen in der vatikanischen Nervi-Halle auch offiziell in Rahmen einer Privataudiienz. Der 68-jährige frühere Präsident des Verfassungsgerichts ist Katholik. Über den Staatsbesuch Sulyoks teilte das vatikanische Presseamt mit, bei den Gesprächen mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und Außenminister Paul Gallagher sei es unter anderem um die Familienpolitik und das Wirken der Kirche in der Gesellschaft gegangen. Ferner habe man über den "Konflikt in der Ukraine, insbesondere über die humanitären Folgen und die Bemühungen um Frieden" gesprochen.

Dreitägige Nationalwallfahrt

Die 1.500 Gläubigen aus Ungarn, weiße Schals mit der Aufschrift "Christus ist unsere Hoffnung" trugen, feierten nach der Papst-Audiienz einen Gottesdienst im Petersdom. Die Begegnung mit dem Papst und die anschließende, von Kardinal Erdö

geleitete Feier in der vatikanischen Basilika bildeten Höhepunkt und Abschluss der dreitägigen Nationalwallfahrt. Seit Dienstag waren dabei u.a. auch Messen in der römischen Lateranbasilika und in der Basilika St. Paul vor den Mauern auf dem Programm gestanden.

Im Petersdom zitierte Kardinal Erdö in seiner Predigt aus dem Konzilsdokument *Lumen gentium* und rief die Gläubigen aus Ungarn auf, Mut zu schöpfen, um Kirche als "Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit" zu sein. Es gelte Resignation und Gleichgültigkeit gegenüber den großen Fragen des Lebens zu überwinden und die Freude der Apostel wiederentdecken.

Die Nationalwallfahrt sei eine Danksagung für den Papstbesuch, sagte der Erzbischof von Budapest. Gleichzeitig sei sie Botschaft und Bestätigung dafür, dass das ungarische Volk zur Weltkirche gehöre und dass die ungarische katholische Kirche die Bemühungen von Papst Franziskus zur Förderung des friedlichen Austauschs zwischen den Nationen und des Dialogs zwischen den Kulturen teile.

Papst Franziskus hatte vom 28. bis 30. April 2023 im Rahmen eines offiziellen Pastoralbesuchs in Ungarn die Hauptstadt Budapest besucht. Höhepunkte des Besuchs unter dem Leitwort "Christus ist unsere Zukunft" (Krisztus a Jövönk) waren eine Sonntagsmesse auf dem Kossuth-Platz vor dem Parlament und eine große Jugendbegegnung.

Papstbesuch stellt Venedig vor besondere Herausforderungen

Auf Franziskus warten eine Pontonbrücke über den Canal Grande und Fahrten im E-Mobil - Knapp 10.000 Menschen feiern Papst-Gottesdienst auf Markusplatz mit

Rom/Venedig, 25.04.2024 (KAP) Der erste Papstbesuch bei einer Biennale in Venedig stellt die Lagunenstadt vor bauliche und verkehrstechnische Herausforderungen. Wie lokale Medien berichten, sollen mehrere Kanäle und Anlegestellen auf polizeiliche Anordnung für die Dauer des Papstbesuches am Sonntag gesperrt werden. Der Platz vor dem Markusdom, auf dem Franziskus am Sonntagvormittag mit knapp 10.000 Menschen einen Gottesdienst feiern will, wird mit Gerüsten und Podesten so umgebaut, dass er für einen Messgottesdienst tauglich ist. Besondere Aufmerksamkeit galt zuvor dem 99 Meter hohen

Glockenturm (Campanile) am Markusdom. Das fast tausend Jahre alte Wahrzeichen der Stadt war 1902 komplett eingestürzt und dann unter Verwendung von Beton wieder aufgebaut worden. Als sich, wie die Lokalzeitung "Il Gazzettino" berichtet, in den vergangenen Tagen einzelne Betonteile lösten, wurde eine umfassende statische und bautechnische Untersuchung angeordnet. Sie ergab jedoch, dass von dem Turm derzeit keine Gefahr ausgehe.

Ungewöhnlich wird die Anfahrt des Papstes zum Markusplatz: Den Weg dorthin soll das Kirchenoberhaupt auf einer 170 Meter langen

Ponton-Brücke zurücklegen. Der Bau solcher "schwimmenden Brücken" ist in Venedig eine seit Jahrhunderten geübte Tradition. Sie kommt meist zu besonderen religiösen Festtagen zum Einsatz, um Pilgern den Zugang zu Kirchen zu erleichtern.

Wie die Kirchenzeitung des Patriarchats Venedig "Gente Veneta" berichtet, wird der 87-jährige die Behelfsbrücke zum Markusplatz über den Canal Grande in einem offenen Elektro-Mobil überqueren. Das viersitzige weiße Fahrzeug mit dem vatikanischen Wappen sei in der Nacht zum Mittwoch von der vatikanischen Gendarmerie nach Venedig gebracht worden und hänge seither an einer Ladestation im Priesterseminar.

Erster Biennale-Besuch eines Papstes

Zuvor wird der Papst die beiden ersten Stationen seiner Reise in der Lagunenstadt absolvieren. Dazu gehört ein Besuch des vatikanischen Biennale-Pavillons, der in einer Frauenhaftanstalt auf der Insel Giudecca eingerichtet wurde. Dort will er inhaftierte Frauen und anschließend die Künstler treffen, die sich an dem Pavillon beteiligt haben. Die Ausstellung ist der eigentliche Anlass des Papstbesuchs.

Per Schiff gelangt der Papst dann zunächst auf die Nachbarinsel, wo er katholische Jugendliche aus der Region an der Wallfahrtskirche

Nostra Signora della Salute treffen wird. Erst die letzte Etappe zur Hauptinsel Venedigs legt er im E-Mobil über die Ponton-Brücke zum Markusdom zurück.

Weniger Routen für Gondeln

Wie die örtliche Kirchenzeitung weiter berichtet, dürfen sich auch die historischen Gondeln während des Besuchs nur in bestimmten Kanälen aufhalten und bewegen. Lediglich für einige Wasser-Bus- und Taxilinen sowie für die Einsatzboote von Polizei und Feuerwehr gibt es keine Einschränkungen.

Damit Franziskus für seinen letzten Programmpunkt - den privaten Besuch des Markusdoms und die Verehrung der Reliquien des heiligen Markus - im Rollstuhl den entsprechenden Bereich im Dom erreichen kann, wurde für ihn von Handwerkern eine Rampe gebaut.

Der letzte Besuch eines Papstes in Venedig liegt 13 Jahre zurück. Im Mai 2011 hatte Benedikt XVI. die Lagunenstadt besucht. Die Fahrt über den Canal Grande legte der deutsche Pontifex damals in einer prachtvoll geschmückten Gondel mit purpurfarbenen Polstern zurück.

(Kathpress-Themenschwerpunkt zum Papstbesuch bei der Biennale in Venedig abrufbar unter www.kathpress.at/Papst-in-Venedig)

Vatikanvertreter bei UN für Schuldenerlass von Entwicklungsländern

Erzbischof Caccia: "Besorgniserregend", dass ein Viertel der Weltbevölkerung in Ländern lebt, in denen die Regierung mehr für Zinszahlungen als für Bildung oder Gesundheit ausgibt

New York/Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP) Der Vatikan ruft die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, die sich verschärfende Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer in den Griff zu bekommen. Für viele Entwicklungsländer seien die Schulden "zu einer untragbaren Last geworden, die ihre Entwicklung hemmt", sagte Erzbischof Gabriele Caccia, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in New York, bei einem Forum zum Thema Entwicklungsfinanzierung am Mittwoch im UN-Hauptquartier. Es sei "besorgniserregend", dass ein Viertel der Weltbevölkerung in Ländern lebe, in denen die Regierung mehr für Zinszahlungen als

für Bildung oder Gesundheit ausgibt, erklärte Caccia laut einer Meldung des Portals "Vatican News" (Donnerstag).

Eine solche Realität sei mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar, so der Vatikan-Diplomat. Darum sei jetzt der Moment gekommen, "um neue Formen der Solidarität bei den Maßnahmen zur Umkehrung wachsender wirtschaftlicher Ungleichgewichte umzusetzen". Schuldenerlass und Umschuldung könnten Länder in die Lage versetzen, "wichtige Investitionen in Gesundheitsversorgung, Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialen Schutz zu tätigen".

Papst trifft Zehntausende katholische Laien auf Petersplatz

Franziskus spricht sich bei Treffen mit Mitgliedern der Katholischen Aktion Italien für eine Kultur der Umarmung in Kirche und Gesellschaft aus

Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP) Zahlreiche Mitglieder einer der größten katholischen Laienorganisationen Italiens hat Papst Franziskus am Donnerstag auf dem Petersplatz begrüßt. Etwa 80.000 Mitglieder der Katholischen Aktion Italien (Azione Cattolica Italiana) hatten sich dazu in Rom eingefunden.

Bei dem nationalen Treffen unter dem Motto "Offene Arme" sprach sich der Papst für eine Kultur der Umarmung in Kirche und Gesellschaft aus. Am Anfang von Kriegen stünden oft verpasste oder abgewiesene Umarmungen, denen Vorurteile, Missverständnisse und Verdächtigungen folgten. "Bis dahin, im anderen einen Feind zu sehen. Und all dies steht uns in diesen Tagen leider in zu vielen Teilen der Welt vor Augen", fuhr der Papst fort. Die anwesenden

Gläubigen rief er auf: "Mit eurer Anwesenheit und eurer Arbeit könnt ihr stattdessen allen bezeugen, dass der Weg der Umarmung der Weg des Lebens ist."

Bei dem Treffen wurden Berichte von Zeitzeugen verlesen, die am Widerstand gegen die deutschen Besatzer und an der Gründung der Republik Italien beteiligt waren. Der 25. April wird in Italien als "Tag der Befreiung" begangen. 1945 hatten an diesem Tag in Norditalien Partisanen und andere Kampfverbände die deutschen Besatzer und ihre faschistischen Verbündeten in mehreren Großstädten besiegt. Der frühere Diktator Mussolini wurde zwei Tage später von kommunistischen Partisanen verhaftet und am 28. April hingerichtet.

Kardinal Parolin: Es wird keine Kehrtwende in der Kirche geben

Nummer zwei im Vatikan äußert sich in Rom zur gegenwärtigen Lage der katholischen Kirche und den vom Papst angestoßenen Veränderungen

Rom/Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP) Die von Papst Franziskus angestoßenen Veränderungen in der katholischen Kirche werden nach Aussage der Nummer zwei im Vatikan in der Zukunft nicht zurückgenommen. Bei einer Buchvorstellung in Rom antwortete Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin am Mittwochabend auf die Frage: "Was wird aus den von Papst Franziskus auf den Weg gebrachten Reformen?" mit den Worten: "Zu dieser Frage gesellt sich eine weitere, die für manche wie eine Drohung und für andere wie eine Illusion klingt: Gibt es das Risiko einer Kehrtwende?"

Als Antwort auf diese Frage zitierte Parolin, der in italienischen Medien als möglicher Nachfolger von Papst Franziskus gehandelt wird, den Jakobusbrief aus dem Neuen Testament. Darin heißt es: "Darum, Brüder und Schwestern, haltet geduldig aus bis zur Ankunft des Herrn! Siehe, auch der Bauer wartet auf die kostbare Frucht der Erde, er wartet geduldig auf sie, bis Frühregen oder Spätregen fällt."

Parolin erinnerte an die Entscheidungsmethode, mit welcher Papst Franziskus seine Reformen begründet hatte. Er betonte: "Die

Unterscheidung ist nicht bloß eine Intuition, sondern die Frucht eines beständigen Gebets im Geist, und sie wird uns zeigen - in den längeren Zeiträumen jener, die wissen, wie man sich in Geduld übt - wie man weitermachen soll und was (davon) institutionalisiert werden soll. Gerade weil der (Heilige) Geist am Werk ist, wird es keine Kehrtwende geben können."

Über die Worte des Kardinals berichtete das offizielle Portal "Vatican News" nach der Buchvorstellung am Mittwochabend ungewöhnlich ausführlich. Sie fand im italienischen Kulturministerium in Rom statt. Vorgestellt wurde das Buch "Cinque domande che agitano la chiesa" (Fünf Fragen, die die Kirche bewegen) des Vatikan-Experten der Fernsehanstalt RAI, Ignazio Ingrao.

Widrigkeiten des Übergangs "auch Chance"

Parolin äußerte sich dabei auch zur gegenwärtigen Lage der katholischen Kirche. Mit Verweis auf die Erzählung vom Boot im Seesturm im Matthäusevangelium merkte er an: "Jeder Übergang, auch historisch, ist voller Widrigkeiten. Die

Schwierigkeiten können nicht nur als Sturm und als Gefahr interpretiert werden, sondern auch als Chance; dies gehört zur weisen Pädagogik Gottes, mit der er uns erzieht, damit wir reifen und uns weiterentwickeln."

Zur Frage nach der künftigen Rolle der Frauen in der Kirche bemerkte Parolin, bei der im Oktober bevorstehenden zweiten

Sitzungsperiode der Welt-Synodenversammlung im Vatikan werde sich der Fokus auf die Beziehung zwischen der Synode auf weltkirchlicher Ebene und den "Fragen und Erwartungen" richten, die "aus den synodalen Prozessen der einzelnen Ortskirchen hervorgehen". Inhaltlich machte er dazu keine weiteren Angaben.

A U S L A N D

Expertin: Frauendiakonat könnte Ortskirchen überlassen werden

Synoden-Untersekretärin Becquart sieht Möglichkeit, die Frage des Diakonat für Frauen in der Kirche regional unterschiedlich zu lösen

Würzburg/Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP/KNA) Die französische Ordensfrau Nathalie Becquart, die als sogenannte Untersekretärin der Leitung des römischen Generalsekretariats der Bischofssynode angehört, hält es für denkbar, dass die einzelnen Ortskirchen über den Diakonat für Frauen entscheiden könnten. "Ich weiß es nicht, aber es wäre eine Möglichkeit", sagte sie der in Würzburg erscheinenden katholischen Wochenzeitung "Die Tagespost" (Donnerstag).

Becquart verwies darauf, dass das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) den ständigen Diakonat für Männer wieder eingeführt hatte. Den Bischofskonferenzen und Diözesen sei aber freigestellt worden, ob sie diesen umsetzen wollten. "De facto wird dies vor allem in Europa und Nordamerika getan, aber überhaupt nicht in Afrika, Asien und Ozeanien." Diese Ortskirchen hätten andere Modelle entwickelt, die auf ihre lokalen Bedürfnisse Rücksicht nähmen.

Papst Franziskus sei für die Frage des Frauendiakonats offen, nicht aber für die Frage des Frauenpriestertums, erklärte die Ordensfrau.

Auf globaler Ebene gebe es allerdings keinen Konsens zum Frauendiakonat, auch unter Frauen und Bischöfen. Sie denke, dass der Papst im Moment mit Rücksicht auf die Einheit der Kirche in dieser Frage keine Entscheidung treffen könne oder wolle.

Becquart betonte, dass aus globaler Perspektive bereits eine Vielfalt an Formen von Ämtern existiere. "Diese Vielfalt könnte die Synode mit einer weiteren Dezentralisierung noch betonen." Ihrer Ansicht nach ist die größte Herausforderung in der Frauenfrage der Zugang zu Führungspositionen in der Kirche. Sie selbst sei in gewisser Weise ein Ergebnis davon.

Nathalie Becquart (Jahrgang 1969) wurde 2021 von Papst Franziskus zur Untersekretärin des römischen Synodensekretariats ernannt und ist die erste Frau mit Stimmrecht bei der Bischofssynode. Anfang des Jahres wurde sie vom Wirtschaftsmagazin "Forbes" zu den bedeutendsten Frauen der Welt über 50 gezählt. Becquart gehört der 1963 gegründeten Ordensgemeinschaft "Institut La Xaviere" an.

Deutsche Bischöfe nehmen Satzung für Synodalen Ausschuss an

4 der 27 Ortsbischöfe machen aber beim nächsten Schritt im Reformdialog der katholischen Kirche in Deutschland nicht mit

Bonn, 25.04.2024 (KAP/KNA) Innerhalb des Reformdialogs der katholischen Kirche in Deutschland wollen die Bischöfe von Eichstätt, Köln, Passau und Regensburg auch weiterhin nicht am Synodalen Ausschuss teilnehmen. Dieses

Gremium soll unter anderem bis 2026 die Einrichtung eines Synodalen Rates vorbereiten, in dem Bischöfe und Laien gemeinsam über wichtige innerkirchliche Fragen in Deutschland beraten und beschließen wollen. Dies hatte der

Vatikan mehrfach abgelehnt. Dagegen hatte der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz, dem die Ortsbischöfe aller 27 Diözesen angehören, die Satzung auf seiner Sitzung am Montag in Würzburg angenommen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hatte als Co-Träger die Satzung bereits im November angenommen.

"In römischen Einsprüchen zum Synodalen Weg in Deutschland war bislang immer wieder deutlich geworden, dass ein 'Synodaler Rat', wie er im Beschluss des Synodalen Weges vorgesehen und formuliert worden war, nicht mit der sakramentalen Verfassung der Kirche vereinbar sei", heißt es laut Katholischer Nachrichten-Agentur KNA (Donnerstag) in einer Erklärung der Bischöfe Gregor Maria Hanke (Eichstätt), Stefan Oster (Passau), Rudolf Voderholzer (Regensburg) und Kardinal Rainer Maria Woelki (Köln). Am Synodalen Ausschuss, dessen Ziel die Einrichtung eines Synodalen Rates sei, wolle man daher auch weiterhin nicht teilnehmen.

"Die vier genannten Bischöfe teilen auch nicht die Rechtsauffassung, dass die Deutsche Bischofskonferenz Träger des Synodalen Ausschusses sei, wenn vier Mitglieder der Konferenz das Gremium nicht mittragen", heißt es. Die vier Bischöfe würden zunächst das Ende der Weltbischofssynode und deren Ergebnis abwarten, um

danach zu entscheiden, "wie es im Einklang mit der Weltkirche zu Umsetzungsschritten hin zu einer synodaleren Kirche kommen kann". Betont wird, dass die vier Bischöfe den Weg zu einer synodaleren Kirche weiter im Einklang mit der Weltkirche gehen wollten.

Ursprünglich hatte die Annahme der Satzung für den Synodalen Ausschuss durch die Bischöfe schon auf deren Frühjahrsvollversammlung im Februar erfolgen sollen. Wegen eines neuerlichen Briefs aus dem Vatikan wurde der Punkt von der Tagesordnung genommen. Bei einem Treffen von Vertretern der Bischofskonferenz und hochrangigen Vatikanvertretern im März konnte jedoch ein vorzeitiges Aus des deutschen Reformdialogs verhindert werden.

Der Synodale Ausschuss kommt am 14. und 15. Juni in Mainz zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Er ist ein Ergebnis des 2019 von Bischöfen und Laien gestarteten Synodalen Wegs zur Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland. Den bis 2026 angestrebten Synodalen Rat hat der Vatikan mehrfach abgelehnt, weil er darin eine mögliche Verletzung des Kirchenrechts und der Lehre von der Kirche als einer Hierarchie sieht, in der die Bischöfe und der Papst die letzte Verantwortung haben.

FDP-Chef Lindner gegen mögliche Neuregelung für Abtreibungen

Minister weist jüngste Empfehlungen von Expertenkommission für Liberalisierung zurück

Berlin, 25.04.2024 (KAP/KNA) In Deutschland lehnt FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner lehnt eine mögliche Neuregelung für Schwangerschaftsabbrüche ab. Er wies in einem Interview des Redaktionsnetzwerks Deutschland (Donnerstag) jüngste Empfehlungen einer Expertenkommission für eine Liberalisierung zurück. "Wir haben einen stabilen, funktionierenden gesellschaftlichen Konsens bei der Frage des legalen Schwangerschaftsabbruchs", sagte Lindner. "Wenn man einen stabilen gesellschaftlichen Konsens hat, sollte man ihn nicht ohne Not aufgeben."

Der Konsens habe über Jahrzehnte und unterschiedliche Mehrheiten hinweg Bestand gehabt, betonte Lindner. "Er wird auch noch mal so lange halten. Bei einer Neuregelung bin ich unsicher, ob sie ebenfalls über eine so lange Zeit das ganze politische Spektrum einbinden könnte."

Die von der deutschen Bundesregierung eingesetzte Kommission empfiehlt in ihrem kürzlich vorgestellten Abschlussdokument, Abtreibungen in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen freizugeben. Derzeit ist eine Abtreibung in Deutschland grundsätzlich rechtswidrig. Sie bleibt jedoch straffrei, wenn sie in den ersten zwölf Wochen vorgenommen wird und die schwangere Frau sich zuvor beraten lässt. Ausdrücklich nicht rechtswidrig ist ein Schwangerschaftsabbruch nach einer Vergewaltigung sowie bei Gefahren für das Leben, die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren. Der Bericht der Expertenkommission, der auch Empfehlungen zu gesetzlichen Änderungen bei den Themen Leihmutterchaft und Eizellspende enthält, war Mitte April veröffentlicht worden. Die Bundesminister Karl Lauterbach (Gesundheit/SPD), Lisa Paus (Familie/Grüne) und Marco Buschmann

(Justiz/FDP) betonten in einer ersten Reaktion, eine Debatte über die Themen dürfe nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen. Die Regierung werde sich Zeit nehmen, um den über 600 Seiten umfassenden Bericht zu prüfen.

Die Einsetzung der Kommission hatten die Grünen 2021 im Zuge der Bildung der Ampel-

Koalition mit SPD und FDP in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt. Die deutsche Regierung muss nun entscheiden, ob sie entsprechende Gesetzentwürfe zu den Expertenempfehlungen erarbeiten will.

Deutschland: Entlassener AfD-Politiker will Kirchenamt zurück

Saarländische AfD-Fraktionsvize Schaufert wehrt sich gegen seinen Rauswurf aus dem Verwaltungsrat einer Pfarre

Trier/Saarbrücken, 25.04.2024 (KAP/KNA) Der saarländische AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Schaufert geht gegen den Verlust seiner ehrenamtlichen Funktion in einem Leitungsgremium einer Pfarre der Diözese Trier vor. Das teilte die deutsche Diözese am Donnerstag mit. Unmittelbar zuvor sei eine Beschwerde des stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden im saarländischen Landtag eingegangen.

Die Beschwerde ging an Diözesanbischof Stephan Ackermann und an Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg. Sie richtet sich gegen die Entscheidung des Generalvikars, die am 17. April in einer Pressekonferenz bekannt wurde, den AfD-Politiker aus dem Verwaltungsrat der Kirchengemeinde St. Marien Neunkirchen auszuschließen. "Die Beschwerde wird nun geprüft", teilte eine Sprecherin der Diözese Trier mit. Schaufert war vor einer Woche mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Verwaltungsrates der katholischen Kirchengemeinde in Neunkirchen/Saar entlassen worden. Bis auf Weiteres ist ihm auch die Wählbarkeit in den Verwaltungsrat oder Kirchengemeinderat einer Kirchengemeinde in der Diözese Trier entzogen.

Generalvikar von Plettenberg hatte im März aus der Pfarre einen entsprechenden Prüfantrag auf Ausschluss des Politikers wegen seiner AfD-Mitgliedschaft erhalten. Hintergrund

des Antrags war unter anderem die Erklärung "Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar" gewesen, die die katholischen deutschen Bischöfe im Februar veröffentlichten. Der Ausschluss von Schaufert ist seitdem der deutschlandweit erste Fall eines AfD-Spitzenpolitikers, der öffentlich bekannt wurde.

Der Generalvikar äußerte sich zuletzt im "Spiegel" noch einmal zu der Entscheidung. Der Verwaltungsrat der Pfarre habe drei Gründe für den Ausschluss angegeben: "erstens die hohen Parteiämter Schauferts, zweitens die Tatsache, dass er sich nicht von extremistischen Positionen seiner Partei distanziert hat, und schließlich, dass die Glaubwürdigkeit der Gemeinde leidet". Er habe Landtagsprotokolle und AfD-Dokumente gesichtet, außerdem Äußerungen und Stellungnahmen von Schaufert analysiert, erklärte von Plettenberg. "Er äußert sich nicht explizit verfassungsfeindlich oder antisemitisch, auch im Verwaltungsrat hat er keine extremistischen Meinungen verbreitet. Doch selbst wenn er sich öffentlich nicht angreifbar positioniert, bleibt doch bestehen, dass er ein maßgeblich in der Öffentlichkeit wahrnehmbarer Repräsentant einer Partei ist, die dem christlichen Menschenbild widersprechende Haltungen vertritt - und dass er sich davon eben nicht distanziert."

Erzbischof: Kirche in Bosnien-Herzegowina kämpft mit Abwanderung

Sarajevos Erzbischof Vuksic: "In Deutschland und Österreich verlassen Leute die Kirche, hier verlassen sie das Land"

Sarajevo, 25.04.2024 (KAP/KNA) Der Erzbischof von Vrhbosna, Tomo Vuksic, hat Abwanderung als "größte Herausforderung" für die katholische Kirche in Bosnien-Herzegowinas bezeichnet. "In

Deutschland und Österreich verlassen die Leute die Kirche, hier verlassen sie gleich das Land", sagte Vuksic der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Sarajevo. In den vergangenen 30

Jahren sei Bosniens katholische Glaubensgemeinschaft rund um die Hälfte geschrumpft.

"Die Zahl der Kinder, die eine Taufe, eine Firmung und die heilige Kommunion erhalten, wird von Jahr zu Jahr kleiner", berichtete Vuksic. Verantwortlich sei neben der Flucht während und nach dem Bosnienkrieg (1992-1995) auch die Abwanderung vieler Bosnier nach Westeuropa aus wirtschaftlichen Gründen. Die Folgen seien ähnlich wie im deutschsprachigen Raum: Auch in Bosnien sei man in den vergangenen Jahren eine "Kirche der Alten" geworden.

In Bosnien ist Religionszugehörigkeit eng mit Ethnie verknüpft. Etwa die Hälfte der Bevölkerung besteht aus überwiegend muslimischen Bosniaken. Orthodoxe Serben und katholische Kroaten bilden Minderheiten. "Die kroatische

Bischofskonferenz unterstützt die Kirche in Bosnien-Herzegowina. Vermutlich würden wir auch ohne die Hilfe überleben, aber viele unserer Institutionen würden ihre Aufgaben nicht mehr ausüben können wie jetzt." Wichtige Hilfe komme obendrein aus Österreich und Deutschland, wo Bosniens Kirche Partner-Diözesen habe.

Eine Sonderrolle nimmt Bosniens Kirche laut Erzbischof Vuksic bei der von Papst Franziskus ausgerufenen Weltsynode ein. Diese ermutige Kirchen bekanntlich, zu den Menschen hinauszugehen. Anders als in Ländern, wo der Katholizismus auf eine jahrtausendealte Geschichte mit etablierten Strukturen zurückblicke, sei die Minderheitenkirche Bosniens aber immer schon volksnah gewesen, so Vuksic.

Viele Tausend Juden zum Priestersegen an Jerusalems Klagemauer

Pessach-Höhepunkt mit Gebeten für Freilassung der Geiseln - Korrespondentenbericht von Johannes Schidelko

Jerusalem, 25.04.2024 (KAP/KNA) Mit einem bewegenden Zeremoniell an der Jerusalemer Klagemauer und dem Priestersegen "Birkat Kohanim" haben Tausende Juden am Donnerstag einen geistlichen Höhepunkt des Pessachfests gefeiert. Bei dem Morgengebet beteten die Rabbiner für die Rückkehr der Geiseln aus den Händen der Terrororganisation Hamas, für das Wohlergehen der israelischen Soldaten und Sicherheitskräfte, für die Heilung der Verwundeten und für Frieden für das Volk Israel. Anschließend spendeten Hunderte Kohanim (Priester) nach altem Ritual den Segen.

Zur Sicherung der Zeremonie und der Teilnehmenden setzte die Polizei nach eigenen Angaben 3.000 Beamte und Grenzpolizisten im Bereich der Jerusalemer Altstadt ein; zudem waren wichtige Routen und auch Hauptverkehrsadern für den Autoverkehr gesperrt.

Geleitet wurde die zweistündige Zeremonie bei Temperaturen von über 30 Grad von den beiden Oberrabbinern Israels, David Lau und Jitzchak Josef, sowie dem für die Klagemauer zuständigen Schmuël Rabinovitch. Sie waren umgeben von einigen Angehörigen der am 7. Oktober verschleppten Geiseln. Immer wieder hielten auch die Rabbiner während der Gebete und Gesänge Fotos von Vermissten und von der radikal-islamischen Hamas Getöteten hoch.

Tempelritual trifft auf Zeitgeschichte

Bei dem Gebetstreffen zum Pessachfest, das an den Auszug der Juden aus ägyptischer Knechtschaft erinnert, mischten sich altes jüdisches Tempelritual mit israelischer Zeitgeschichte. Mit ausgebreiteten Händen und verhülltem Gesicht spendeten Hunderte Priester den Aaronitischen Segen - in Erinnerung an das Ritual des vor 2.000 Jahren zerstörten jüdischen Tempels. Diesen Segen hatte Gott nach der Bibel (Numeri 6,24-26) dem Moses für Aaron und die Priesterschaft aufgetragen. "Der Herr segne dich und behüte dich. Der Herr lasse sein Angesicht über dich leuchten und sei dir gnädig. Der Herr wende sein Angesicht dir zu und schenke dir Frieden."

Wort für Wort sang der Kantor den Segenstext, den die versammelten Priester wiederholten, und den die gläubigen Juden auf dem großen Vorplatz mitbeteten. Seit 1970 wird der Priestersegen zweimal im Jahr während der jüdischen Hochfeste Pessah und Sukkot (Laubhüttenfest) feierlich an der Klagemauer gebetet. Gespendet wird er von den Nachfahren der alten Priesterklassen, der Kohanim und der Leviten.

Der Aaronitische Segen wurde von Luther in den evangelischen Gottesdienst übernommen. Und mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) wurde er auch Bestandteil der katholischen Liturgie.

Sicherheitskräfte besonders wachsam

Trotz der infolge des Gazakriegs angespannten Lage sind viele Juden zu den Pessachfeiern nach Jerusalem gekommen, aus ganz Israel und auch aus dem Ausland, soweit die jüngsten Einschränkungen im Reiseverkehr das zulassen. Schon in den vergangenen Tagen zogen viele jüdische Familien durch die Altstadt zur Klagemauer, mit starkem Polizeiaufgebot.

Die Polizisten hatten mitunter jedoch Mühe, die Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn orthodoxe jüdische Gruppen den muslimischen Tempelberg über Zugänge zu betreten versuchten, die nur für Muslime zum Gebet geöffnet sind. - Und während der Pessach-Tage nutzten wieder

- nach der Sperre im muslimischen Fastenmonat Ramadan - zahlreiche jüdische Gruppen die Möglichkeit, den Tempelberg zu offiziellen und vom Militär begleiteten Besuchen aufzusuchen.

Aber auch jetzt waren die Sicherheitskräfte besonders wachsam, dass die jüdischen Besuchergruppen zusammenblieben und auf abgelegenen Routen das innere Tempelareal umrundeten. Denn wiederholt war es bei solchen Touren zu Zusammenstößen mit Muslimen gekommen. Im aufgeladenen Klima von religiösen Feiertagen hatte dies immer wieder zu Eskalationen geführt; gerade vor dem Hintergrund des Gazakriegs wäre dies ein fatales Szenario.

Geburtsdatum korrigiert: Kardinal aus Kenia darf länger zur Papstwahl**Berichtigung in offiziellem Vatikan-Verzeichnis hat Auswirkungen auf etwaiges Konklave bis Jahresbeginn 2026**

Vatikanstadt, 25.04.2024 (KAP) Im hohen Alter von etwa 80 Jahren ist der kenianische Kardinal John Njue plötzlich ein Jahr jünger geworden - jedenfalls auf dem Papier. Im offiziellen vatikanischen Personal- und Institutionenverzeichnis wird als Geburtsdatum des früheren Erzbischofs von Nairobi neuerdings der 1. Jänner 1946 aufgeführt. Die vorhergehenden Ausgaben des "annuario pontificio" (Päpstliches Jahrbuch) führten den Geistlichen noch mit dem vagen Geburtsdatum "1944". Die Korrektur des Geburtstags hat zur Folge, dass Njue nunmehr offiziell erst 78 statt bereits 79 Jahre alt ist. Ihm bleibt somit das mit dem 80. Geburtstag erlöschende Recht, als Kardinal bei einer Papstwahl mitzustimmen, bis Anfang 2026 und somit über ein Jahr länger erhalten.

Njue, von 2007 bis 20221 Erzbischof von Nairobi und seit 2007 Mitglied des Kardinalskollegiums, war bislang im Vatikan als Geburtsjahrgang 1944 gemeldet gewesen. Da Tag und Monat seiner Geburt nicht bekannt waren, hatte man sein Alter im Päpstlichen Jahrbuch konventionell auf den 31. Dezember 1944 festgelegt. In der aktuellen Ausgabe wird nun allerdings der 1. Jänner 1946 angegeben - womit der afrikanische Kardinal sein Wahlrecht bei einem etwaigen Konklave nicht am Ende des Jahres, sondern am 1. Jänner 2026 verliert.

Eine offizielle Änderung beim Geburtsdatum eines Kardinals gab es nach Angaben der italienischen katholischen Nachrichtenagentur Sir zuletzt 2005 beim Polen Henryk Gulbinowicz.

Dessen Geburtsjahr wurde damals von 1928 auf 1923 korrigiert - mit der Erklärung, das "falsche Geburtsdatum" hätten die Eltern des späteren Kardinals in dessen Jugend erfunden, um zu verhindern, dass ihr Sohn in den Krieg eingezogen wird. Die Korrektur hatte zur Folge, dass der 2020 verstorbene Gulbinowicz nach dem Tod von Johannes Paul II. (1978-2005) nicht an dem Konklave teilnehmen konnte, in dem Benedikt XVI. gewählt wurde.

Die Zahl der zur Teilnahme an einer Papstwahl berechtigten Purpurträger sank kürzlich auf 127 von insgesamt 237 Kardinälen, nachdem der ehemalige Glaubenspräfekt, Kardinal Luis Francisco Ladaria Ferrer, am 19. April 80 Jahre alt wurde. Von den derzeitigen Papst-Wählern wurden 92 von Franziskus, 27 von Benedikt XVI. und acht - unter ihnen auch der Wiener Kardinal Christoph Schönborn - von Johannes Paul II. zu Kardinälen kreiert. Italien würde mit 14 zwar derzeit die meisten Teilnehmer einer Papstwahl stellen - mit knapp über zehn Prozent aller wahlberechtigten Kardinäle ist der Anteil der Italiener gleichzeitig so klein wie nie zuvor in der Neuzeit. Es folgen die Vereinigten Staaten (11), Spanien (7), Brasilien und Frankreich (je 6), Indien (5), Polen mit Portugal und Kanada (je 4), Deutschland und Argentinien (je 3). Je zwei papstwahlberechtigte Kardinäle kommen aus Großbritannien, der Schweiz, Mexiko, Tansania und von den Philippinen.

Insgesamt befinden sich unter den Wählern 51 Europäer, 20 Lateinamerikaner, 15 Nordamerikaner, 21 Kardinäle aus Asien (darunter auch Giorgio Marengo, Leiter der apostolischen Präfektur von Ulan Bator in der Mongolei, und der

Lateinische Patriarch von Jerusalem Pierbattista Pizzaballa, die beide aus Italien stammen), 17 Afrikaner (darunter der gebürtige Spanier Cristobal Lopez Romero in Rabat) und 3 aus Ozeanien.

Kirche hilft bei Suche nach vermissten Opfern in Kolumbien

Noch immer fast 70.000 Menschen vermisst

Bogota, 25.04.2024 (KAP/KNA) Die katholische Kirche in Kolumbien will die Suche nach Menschen unterstützen, die während des bewaffneten Konflikts in dem Land verschwunden sind. Ein in dieser Woche unterzeichnetes Abkommen mit der zuständigen Behörde UBPD soll vor allem die Suche nach Vermissten erleichtern, die möglicherweise ohne Identifizierung auf Friedhöfen unter der Verwaltung der katholischen Kirche begraben sind. "Wir werden die Verwalter der Friedhöfe und die kirchlichen Gerichtsbarkeiten schulen", sagte Bischof Juan Carlos Barreto aus Soacha der Tageszeitung "El Tiempo". Die Zusammenarbeit mit der Bischofskonferenz stärke das Vertrauen der Menschen und die Glaubwürdigkeit der Behörde, sagte UBPD-Leiterin Luz Janeth Forero Martinez. Die Kirche gelte als

vertrauenswürdige Institution, deswegen würden sich mehr Menschen nun an die Behörde wenden. Es gebe viele Möglichkeiten, wie die Suche in die Praxis umgesetzt werden könne: Öffnung von Friedhöfen, Öffnung von Archiven und Registern von Verstorbenen, die letztendlich wertvolle Informationen für die Suche liefern könnten, sagte Forero Martinez. Zwischen 1985 und 2018 waren in dem Konflikt zwischen Guerillaorganisationen, Paramilitärs, staatlichen Sicherheitskräften und Drogenbanden laut Bericht der Wahrheitskommission in Kolumbien mehr als 450.000 Menschen getötet worden. Über 7,5 Millionen Menschen wurden Opfer von Vertreibung, zudem wurden fast 70.000 vermisste Personen und Tausende Fälle von Zwangsrekrutierungen von Minderjährigen gezählt.

Hilfswerk: In Burkina Faso erneut Christen entführt und getötet

Taten ereigneten sich laut dem weltweit tätigen katholischen Hilfswerk im Osten des westafrikanischen Landes

München, 25.04.2024 (KAP/KNA) Ein Katechet und eine weitere, nicht genau bekannte Zahl von Christen sind nach Angaben von "Kirche in Not" in Burkina Faso entführt und getötet worden. Dies berichteten Projektpartner des weltweit tätigen katholischen Hilfswerks, wie dieses am Mittwoch bekannt gab. Die Taten ereigneten sich Ende vergangener Woche im Dorf Saatenga nahe der Provinzhauptstadt Fada N'Gourma im Osten des westafrikanischen Landes. Lokalen Berichten zufolge seien die Christen von bisher unbekannt Tätern vor einer Woche am Donnerstag entführt und am Tag darauf tot aufgefunden worden.

"Wir sind sehr traurig über diese erneute Gewalttat", erklärte Maria Lozano von "Kirche in Not". Gerade die Katecheten in Burkina Faso stünden an vorderster Front und riskierten ihr Leben für die ihnen anvertrauten Menschen. Erst im

Februar sei in der Diözese Dori ein Katechet getötet worden, als er an einem Sonntag einen Wortgottesdienst geleitet habe. Aufgrund der weitläufigen Gebiete und schlechten Straßenverhältnisse könnten Priester nicht alle Orte ihrer Pfarre regelmäßig besuchen. Deshalb kümmerten sich vor allem Katecheten um die seelsorgliche Betreuung der Gemeinden.

Burkina Faso ist nach Angaben des Hilfswerks seit Ende 2015 Hauptschauplatz des dschihadistischen Terrors in der Sahel-Region. Bei Anschlägen islamistischer Gruppen würden im Norden und Osten des Landes viele Zivilisten und Soldaten getötet. UN-Angaben zufolge sind mehr als zwei Millionen Menschen auf der Flucht. Seit etwa vier Jahren komme es auch vermehrt zu gezielten Attacken auf Christen, die etwa ein Viertel der Bevölkerung in dem Land ausmachten.

K U L T U R & M E D I E N

Bestsellerautor Lütz: Kunst kann Menschen versöhnen

Deutscher Theologe, Psychiater und Autor stellte in Wien sein neues Buch "Der Sinn des Lebens vor" - Plädoyer für die Kunst: "Den Sinn des Lebens kann man sehen"

Wien, 25.04.2024 (KAP) Dem "Sinn des Lebens" anhand ausgewählter Kunstwerke in Rom geht der Bestsellerautor Manfred Lütz in seinem neuen gleichnamigen Buch auf die Spur. Mittwochabend präsentierte er seine jüngste Veröffentlichung in Wien im Dominikanerkloster und kam zugleich vor Publikum mit Kardinal Christoph Schönborn und der Schauspielerin Barbara Wussow ins Gespräch. Die "Kunst kann Menschen versöhnen", zeigte sich Lütz in seinen Ausführungen überzeugt, wie auch von seiner These: "Den Sinn des Lebens kann man sehen."

Lütz ist Psychiater, Theologe, Autor und tritt gelegentlich als Kabarettist auf. Sein Buch enthält 155 Farbfotos von Kunstwerken aus Rom - nicht für Experten geschaffen, sondern "für alle Menschen", wie Lütz bei der Präsentation sagte. Im Buch sind die Kunstwerke mit den Gedanken des Theologen versehen.

Viele Menschen würden den Sinn des Lebens in der Schönheit der Natur sehen, so Lütz, nicht zuletzt auch unter Verweis auf Albert Einstein. Doch: "Gäbe es nur Natur und nicht auch den Menschen, wäre niemand da, der in den Weiten des Weltalls irgendeinen Sinn sehen würde", gab der Theologe zu bedenken.

Von Kunst berühren lassen

Er ortete den höchsten Ausdruck von Sinn in der Kunst. Und kaum ein Ort sei für Kunst so prädestiniert wie Rom. "In der Kunst kann einen die Ewigkeit berühren", meinte Lütz. Seine Empfehlung für das Buch lautete demnach, sich weniger in die Beschreibungen und Gedanken zu den abgebildeten Kunstwerken zu vertiefen, als in die Kunstwerke selbst. "Lassen Sie sich durch die Kunst in der Seele berühren", so der Appell von Manfred Lütz. Und Lütz legte nochmals nach. Er sei davon überzeugt: "Ein Christ, der diese Werke sieht, kann ein besserer Christ werden, ein Atheist ein humanerer Atheist." Deswegen sei sein Buch eines über den Sinn des Lebens und kein Rom-Buch.

Pieta als das Wesentliche des Christentums

Ausführlich kam Lütz u.a. auf die Pieta von Michelangelo zu sprechen. Elke Heidenreich beschrieb im Geleitwort zum Buch, wie sie als 16-Jährige vor der Pieta stand und vor Ergriffenheit plötzlich in heftige Tränen ausbrach. Tatsächlich könne man an der Pieta das Wesentliche des Christentums sehen, erläuterte Lütz: Unten in den Falten des Kleides der Gottesmutter sehe man noch das ganze Leiden, je näher man an ihr Gesicht kommt, desto ruhiger würden die Falten. Und für ihn sei bei der Betrachtung des Gesichtes der Madonna unübersehbar, dass sie "ganz leicht lächelt", so Lütz: "Diese Mutter Gottes lächelt, während sie die Leiche ihres Sohnes ansieht. Ein solches Lächeln ergibt nur Sinn, wenn man wirklich an die Auferstehung glaubt."

Kardinal Schönborn hatte in seinem Gepäck bei der Buchpräsentation einige Fotos des austro-amerikanischen Fotografen Robert Hupka (1919-2001) zu Michelangelos "Pieta". Schönborn erinnerte an eine persönliche Begegnung mit Hupka knapp vor dessen Tod in New York, bei der es auch um die Pieta ging. Robert Hupka habe den Sinn des Lebens in der Pieta gesehen, so der Kardinal.

Hupka zählt zu jenen Fotografen, die in der NS-Zeit ins Exil gehen mussten und in den USA Karriere machten. Allein von Michelangelos Pieta machte Hupka rund 5.000 Aufnahmen.

Barbara Wussow benannte im Gespräch die Pieta von Michelangelo, weiters dessen Fresko des Jüngsten Gerichts sowie die Skulptur des David in Florenz als jene drei Kunstwerke, die sie zum Weinen gebracht hätten. Den Sinn des Lebens finde sie in ihrer Familie wie auch in ihrem Beruf, mit dem ich viele Menschen erfreuen und berühren kann.

Manfred Lütz: Der Sinn des Lebens. Kösel-Verlag 2024

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 5283 – 1337 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	